

Russische Kriegsvorbereitungen.

Truppenzusammenziehungen gegen Rumänien.
Reuter meldet aus angeblich wohl unterrichteter Quelle, daß Rußland große Kriegsvorbereitungen treffe. Die Mobilisierung von 56 Infanteriebrigaden, deren jede 4 Tausend und 4 Kampflinienbesätze, sei vollendet. Außerdem habe das Kriegsministerium in Holland, Spanien und Italien außerordentlich bedeutende Bestellungen auf Kriegsmaterial gemacht. Eine Fabrik sei allein mit Lieferung von 10 Geschützen schwersten Kalibers beauftragt. Im Südwesten der Sowjetrepublik, an der rumänischen Grenze, seien sehr starke Kavalleriekräfte zusammengezogen.

Grubenunglück in Amerika.

50 Bergleute verschüttet.

Aus Fairmount (Westvirginia) wird gemeldet, daß durch eine Explosion in einem Kohlenbergwerk der Westliche Mines Corporation etwa 50 Bergleute verschüttet worden sind. Die Explosion war so heftig, daß in einem Umkreise von 3 Meilen die Gebäude erschüttert wurden. Die ganze Reife steht in Flammen, wodurch die eilfertig einsetzenden Rettungsbemühungen stark behindert und die Rettungsmannschaften gefährdet werden. Als Ursache der Katastrophe werden schlagende Wetter angenommen. Man befürchtet, daß alle Bergleute unter Tage umgekommen sind.

Deutscher Reichstag

(37. Sitzung.)

CB, Berlin, 18. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. Eichhorn (Komm.) erneut die sofortige Besprechung der Vorkämpfe in Halle und Stuttgart — Präsident Eise teilte mit, daß der Reichstagspräsident die Anträge auf Besprechung aufgeschoben habe, das amtliche Material sofort einzutreten. Der Reichstagspräsident teilte mit, daß er über die Vorfälle in Halle vor dem zunächst zuständigen Forum des Preussischen Landtages am Donnerstag berichten werde. — Später sollte auch dem Reichstag das Material vorgelegt werden. Das Material aus Württemberg liegt ebenfalls noch nicht vollständig vor. Die sofortige Behandlung der Angelegenheit wurde darauf abgelehnt. Auf der Tagesordnung stand die 2. Beratung des Gesetzentwurfs zur

Änderung des Besoldungssperregesetzes.

Nach dem Antrag des Abg. Allettole (Ztr.) hat der Ausschuss beschlossen, daß das Besoldungssperregesetz mit Wirkung vom 1. April 1926 außer Kraft tritt. Wenn die Länder und Gemeinden bereits zum 1. Januar 1926 oder zu einem früheren Zeitpunkt durch Einführung des Aufschlagsrechtes zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer größere Selbstständigkeit in Bezug auf die Ausnutzung dieser Steuer erhalten, so tritt das Gesetz schon mit jenem früheren Zeitpunkt außer Kraft.

Abg. Hoffmann (Soz.) protestierte gegen die Verlängerung des Besoldungssperregesetzes bis zum 1. April 1926. Es sei nur als vorübergehende Maßnahme gedacht worden und hätte längst verschwinden müssen. Abg. Eichhorn (Komm.) hielt ebenfalls den Gesetzentwurf für unannehmbar.

Abg. Dietrich-Paden (Dem.) lehnte ebenfalls die Vorlage ab. Das Gesetz habe die Gemeinden nicht zur Sparsamkeit, sondern zur schlechten Wirtschaft veranlaßt.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Nationalsoz.) vertritt die Vorlage. Die Vorlage wurde dann in 2. Lesung gegen Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen. Abg. Dietrich beantragte, die 3. Lesung auszusagen und den Gesetzentwurf zur Kadaverprüfung der Frage, ob er verfassungswidrig sei, dem Rechtsausschuss zu überweisen. Der Antrag wurde abgelehnt. In der 3. Lesung wurden die einleitenden Bestimmungen angenommen und schließlich das ganze Gesetz mit 165 gegen 133 Stimmen.

Vizepräsident Dr. Well stellte fest, daß Zweifel ausgeschlossen seien, ob das Gesetz verfassungswidrig sei, daß eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit nicht vorliegt.

Nach kurzer Debatte wurde dann der Gesetzentwurf über die vierteljährliche Gehaltszahlung der Beamten in 2. Lesung angenommen. Danach sollen die vierteljährlichen Auszahlungen wieder eingeführt werden, den Zeitpunkt jedoch die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates und des Reichshandelsauschusses bestimmen. Das Gesetz wurde darauf in 3. Lesung erledigt.

Dann setzte das Haus die 2. Lesung des Etats des Reichshandelsministeriums in Einzelberatung fort.

Sächsischer Landtag

Dresden, 18. März. Heute begann im Landtag die allgemeine Aussprache über den Staatshaushalt. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die dazu vorliegenden Anträge und Anfragen besprochen. Haus und Tribünen waren trotz der Wichtigkeit der Verhandlungen nur schwach besetzt. Als erster betrat Abg. Schnitz (Soz.) das Rednerpult. Er ging von der bisherigen Gesandtschaft ab, daß die erste Rednergarnitur sich nur mit den großen Fragen der inneren Politik beschäftigen soll, sondern ging auf Einzelfragen ein. Nicht immer fand er die Zustimmung aller, besonders die Linkssozialisten traten als Gegner seiner Ansichten hervor. Aufsehen erregte seine Forderung, die Amtshauptleute als Staatsbeamte von der Ungewissheit zu befreien, gegebenenfalls einem politisch veränderlichen Bezirkstage weichen zu müssen. Der deutschnationalen Vizepräsident Dr. Eckardt betrachtete den Etat von einer höheren Warte aus. Er wies auf die Tatsache hin, daß unsere Gesamtwirtschaft noch immer totkrank sei. Das Realeinkommen liege weit unter dem nominellen Einkommen. Das bedenklichste sei der Verlust unserer früheren Weltmärkte. Nun sollte man wenigstens alles tun, um unsere Landwirtschaft zu schützen, damit wir in unserer Ernährung vom Auslande unabhängig werden. Redner sprach sich über Zuschläge zur Einkommensteuer aus, die aber an gewisse Grenzen gebunden sein müßten. Nicht einverstanden war der Redner mit dem beschleunigten Ausbau des Großkraftwerkes Böhlen, denn er meinte, wir würden von einer großen Umwälzung hinsichtlich der Verwendung von Braunkohle. Abg. Anders (D. Vp.), ein guter Kenner des Etats, sprach dem Finanzminister die vollste Anerkennung der Deutschen Volkspartei für sein Verständnis für die Bedürfnisse und die Schwierigkeiten des Landes aus. Seine Partei werde den Minister in seinen Sparmaßnahmen unterstützen. Auch am Landtag müsse gespart und die Zahl der Abgeordneten herabgesetzt werden. Der Redner ging dann auf Einzelheiten des Etats ein. Nach ihm trat eine Unter-

brechung in der Aussprache über den Etat ein. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Rechts- und Linkssozialisten. Der Linkssozialist Liebmann beschwerte sich darüber, daß der Präsident den Abg. Arzt verhindert habe, als Redner der ersten Garnitur zum Etat zu sprechen. Das sei ein Verfassungsverstoß und ein brutaler Mißbrauch der Geschäftsordnung. Er forderte den Landtag auf, in namentlicher Abstimmung zu entscheiden, ob Arzt sprechen dürfe oder nicht. Die Kommunisten unterstützten den Antrag Liebmann, während Vizepräsident Dr. Eckardt und die Rechtsparteien den Standpunkt des Präsidenten teilten und eine Abstimmung über den Antrag Liebmann ablehnten. Die Aussprache gewährte wieder ein interessantes Bild von der Tiefe des Risses, der zwischen den beiden sozialdemokratischen Gruppen kauft. Die Linke beklagte sich darüber, daß die Rechte keine Rücksicht auf die Fraktionsminderheit nehme, und behauptete, die aus der Partei ausgeschlossenen 23 hätten kein Recht, für die sozialdemokratische Fraktion zu sprechen. Von den 23 wurde die Nichtteilnahme dieser Annahme bestritten. Es gebe nur eine sozialdemokratische Fraktion, der Ausschluß der 23 sei noch lange kein endgültiger, wenn die 16 nicht zu den Fraktionsmitgliedern erschienen und Sonderleistungen abließen, so sei es ihre eigene Sache, mit der sie sich im Widerspruch zur Parteileitung befänden; Arzt habe kein Recht, als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion zu sprechen. Die Sitzung wurde schließlich auf eine halbe Stunde vertagt und der zusammenberufene Parteiausschuss entschied, daß die Maßnahmen des Präsidiums richtig seien, der Antrag Liebmann unzulässig sei und über ihn nicht abgestimmt werden könne. Als weiterer Etatsredner trat dann Abg. Dehne (Dem.) auf, der im allgemeinen mit dem Etat und den Ausführungen des Finanzministers einverstanden war, in Einzelheiten aber Verbesserungsvorschläge gab. Abg. Renner (Komm.) lehnte den Etat ab, weil er angeblich nur Artikel für die Kapitalisten vorlese. Mit diesem Redner war die erste Rednergarnitur zum Etat zu Worte gekommen. Es folgte dann die Beratung der zum Etat vorliegenden Anträge und Anfragen, die in der Sitzung am Dienstag fortgesetzt werden soll. Heute Donnerstag nachmittags 1 Uhr sollte über andere Dinge verhandelt werden.

Letzte Meldungen

Die Feuerungsanschläge für die Beamten.

Berlin, 18. März. Im Landeshandelsrat des Reichstages wurden Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten behandelt, die für die Besoldungsgruppen 1-6 eine Erhöhung des Feuerungszuschlages von 12% auf 20% fordern. Gegen diese Anträge wandte sich Reichsfinanzminister von Schlieben, auch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums lehnten die Anträge ab und wiesen auf die Nachwirkungen auf die Privatindustrie hin. Reichsverkehrsminister Dr. Rosche machte auf die schweren Auswirkungen für die Eisenbahnen aufmerksam. Der Ausschuss beschloß, die Anträge zu verschieben, um erst eine Stellungnahme der Fraktionen herbeizuführen.

Schutz des geistigen Eigentums bei der Radioübertragung.
Berlin, 18. März. Im Bildungsausschuss des Reichstages wurde ein Antrag Dr. Schreiber (Ztr.) angenommen, der die Reichsregierung ersucht, bei der Abschreibung des Reichstheatergesetzes den Schutz des geistigen Eigentums der Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten bei der Radioübertragung von Bühnenspielen zu gewährleisten.

Preisnachlaß bei Eisenbahngesellschaftsreisen.
Berlin, 18. März. Mit dem 1. Mai wird seitens der Reichsbahn wieder der bis zum Jahre 1907 gewährte Fahrpreisnachlaß für Gesellschaftsreisen eingeführt werden. Dieser Nachlaß in Höhe von 33% wird bewilligt, sobald eine Gesellschaft von 30 Personen, die nachweislich zusammengehören, Fahrkarten nach demselben Reiseziel löst.

Der Tag der Märzgefallenen.
Berlin, 18. März. Der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain wies am Mittwoch aus Anlaß der 77jährigen Wiederkehr der Märzrevolution starken Besuch auf. In den Gräbern der Gefallenen wurden zahlreiche Kränze niedergelegt.

Baden gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.
Karlsruhe, 18. März. Die badische Regierung beschloß im Reichsrat, gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer zu stimmen. Für ihre ablehnende Haltung spielt der Gesichtspunkt eine Rolle, daß in einer Zeit, in der eine starke Entlastung des Großbetriebes von der Reichsregierung vorgezogen wird, es nicht angezogen wäre, die von der Masse des Volkes zu tragenden Steuern zu erhöhen.

Sieben Personen verschüttet.
Lengau, 18. März. In einer Kiesgrube, die von einem in ärmlichen Verhältnissen lebenden Arbeiter betrieben wurde, ereignete sich ein Zusammenbruch der Grubenwand. Durch den Einsturz wurden die Hütte und die Kiesgrube, in der sich die 38-jährige Frau mit ihren 6 Kindern aufhielt, verschüttet. Die 7 Personen konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Neues aus aller Welt

Der älteste deutsche Feuerwehmann. Aus Göttingen wird gemeldet, daß dort der älteste Feuerwehmann Deutschlands, Vorigo, in diesen Tagen seinen 80. Geburtstag feierte. Er nimmt noch regelmäßig an allen Übungen teil.

Raubüberfall auf eine Kreisparafosse. In die Nebenlaste Friedenau der Sparkasse des Kreises Teltow drangen drei mit Revolvern bewaffnete Männer ein, bedrohten den Kassensammler mit ihren Waffen und raubten einen größeren Geldbetrag. Dann ergriffen sie die Flucht und versuchten im Gewühl des gegenüberliegenden Wäldchens zu entkommen. Der Kassierer verfolgte sie und rief um Hilfe. Dadurch wurden Passanten und die Polizei aufmerksam. Es gelang, zwei der Räuber zu fassen, während der dritte entkam. Das geraubte Geld hatten sie auf ihrer Flucht weggeworfen, es konnte bis auf einen kleinen Rest wieder herbeigekauft werden.

Die Verhandlungen gegen Angerstein im Juni. Der Prozeß gegen den Massenmörder von Haiger, Angerstein, wird voraussichtlich im Juni verhandelt werden. Etwa 120 Zeugen und Sachverständige sollen gehört werden. Angerstein wird zurzeit in Marburg auf seinen Geisteszustand untersucht.

Ein besonders raffiniertes Dieb. Mit einem ungewöhnlichen Kniff arbeitet ein Dieb, der in Berlin eine Dame beklahl. Während die Dame in einem Lokal ihren Mantel abgab, reichte ein Mann, der den Eindruck eines Ausländers machte, über ihren Kopf hinweg seinen Mantel der Garderobenträgerin zu. Hierbei rahl er der Dame

ohne daß sie etwas merkte, einen goldenen Ohrering mit einer 9½ Millimeter starken Perle und kleinen Brillanten in tiefer Fassung aus dem Ohr. Der Spezialist wird seinen Trick wohl auch anderswo versuchen.

Einleitung der Jahrtausendfeier in Duisburg. Die Stadt Duisburg eröffnete als erste Stadt des Rheinlandes die Jahrtausendfeier mit einer Ausstellung niederdeutscher Kunst. Nach einer Ansprache des Museumsleiters, der auf die Bedeutung der rheinischen Kunst und der Wandermaler am Rhein hinwies, hielt Oberbürgermeister Dr. Jarras eine längere Rede. In der Ausstellung wird die niederdeutsche Malerei und Plastik bis zum 19. Jahrhundert gezeigt.

Ein unheimlicher Fund in Breslau, der auf einen Mord schließen läßt, beschäftigt die Kriminalpolizei. An der Rosenthaler Brücke in Breslau wurde am Nadelwehr ein brauner Papparton angeschwemmt, der Teile eines weiblichen Unterkörpers enthielt. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Frau nicht in Breslau, sondern anderswo ermordet worden ist.

Grecher Straßendiebstahl in Paris. Ein verwegenes Diebstahl hat sich auf der Place de la Republique in Paris ereignet. Der dort befindliche Brunnen wird zurzeit ausgeteilt. Bei der Bauloosung erschien ein Arbeiter, der erzählte, vom Ministerium für öffentliche Arbeiten damit beauftragt worden zu sein, einen bronzenen Delphin abzutransportieren. Die aus dem Bau befindlichen Arbeiter hätten, den wertvollen, 150 Kilogramm schweren Delphin abzumontieren und fortzuschaffen. Später stellte sich heraus, daß es sich um einen verwegenen Diebstahl handelte.

Gegen Landschaftsverhandlungen. Einen nachahmenswerten Erlaß hat dieser Tage der englische Verkehrsminister erlassen, um das Landschaftsbild in den Provinzen vor Verfall durch falsch verstandene „moderne“ Architektur zu schützen. Den Grafschaftsbehörden ist mitgeteilt worden, daß beim Bau neuer oder beim Umbau alter Brücken streng nach dem Stil der Gegend vorgegangen werden müsse, andernfalls könnten die Grafschaftsbehörden keinen Anspruch auf den Straßenbauförderungsfonds erheben.

Überzählige Schiffe. Bei Malta herrscht so stürmisches Wetter, daß mehrere Schiffe, die fertig waren, nicht eingetroffen sind. Der Transportdampfer „Aurora“ mit zwei britischen Kompagnien aus Ägypten an Bord konnte nicht in den Hafen einlaufen.

Schredensstat eines russischen Volkskommissars. Das Mitglied der Zifferverwaltung des Volkskommissariats für Finanzen, Awabekow, seit 1904 Kommunist, erschob dort mit fünf Revolvergeschüssen aus persönlichen Gründen den parteilosen Mitarbeiter derselben Behörde, Solowjtschik. Der Mörder wurde verhaftet und aus der Partei ausgeschlossen.

Theaterbrand in Odessa. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde das Theater von Odessa durch Feuer schwer beschädigt. Das Feuer entstand nach der Aufführung der Oper „Der Prophet“ von Meyerbeer allem Anschein nach durch Entzündung des in der Oper verwendeten Feuerwerks und verbreitete sich infolge Nachlässigkeit der eingeschlafenen Feuerwehrmänner. Die Bühne mit der ganzen Ausstattung, die einen großen materiellen und künstlerischen Wert besitzt, ist vernichtet. Dagegen konnten die Partiturenbibliothek und das Kostümdespot gerettet werden.

50 Verwundete bei einer Autoexplosion. In der Umgebung von Tunis bei Sidi-Fathalah explodierte gelegentlich einer Panne ein Lastauto, das mit Explosivstoffen beladen war und einer Werkstätte der tunesischen Eisenbahngesellschaft gehörte. Man zählte 50 Verwundete.

Ein japanischer Weltumflug. Mit einem Fernflug Tokio-Moskau-Paris werden im Mai oder Juni zum erstenmal japanische Flieger mit den europäischen und amerikanischen Aviatikern in Wettbewerb treten. Wie der „Masi Chimbu“ mitteilt, soll der Flug, bei dem zwei Breguets zur Verwendung kommen, in 70 Stunden zurückgelegt werden. Die vorgesehene Route ist 12 120 Kilometer lang und führt über Chojen, Mandschuri, Sibirien, Moskau, Warschau und Prag. Das ebengenannte Blatt berechnet die Kosten auf rund 54 000 Dollar.

Der obdachlose Prinz.

Alexander Hohenlohe-Dehringen als Vollzeigefangener.

Dieser Tage wurde von der Budapestler Polizei bei einer nächtlichen Streife ein zerlumpter alter Mann, der auf einer Parkbank eingeschlafen war, aufgegriffen und nach seinen Personalien gefragt. Aus einem Reisepaß, den er bei sich hatte, ergab sich mit aller Deutlichkeit, daß es sich um den im Dezember 1871 geborenen Prinzen Alexander Hohenlohe-Dehringen, Freiherrn von Gabelstein, handelte. Da er obdachlos war, wurde er in das Vollzeigefangenenhaus gebracht; von hier aus dürfte er „abgehoben“ werden.

Der Prinz ist der jüngste Sohn des Prinzen Felix von Hohenlohe-Dehringen und der Prinzessin Alexandrine von Hanau. Er war früher Oberst eines bayerischen Reiterregiments und hatte sich 1895 in Wiesbaden mit einer „unehelichen“ Frau verheiratet. Die Familie zwang ihn, auf Rang und Rechte eines Prinzen zu verzichten und den Titel eines Freiherrn von Gabelstein anzunehmen. Die Ehe wurde in den ersten Kriegsjahren geschieden; der Prinz aber heiratete, nachdem er aus der deutschen Armee ausgetreten war, in Wien zum zweitenmal. Auch diese Ehe wurde gelöst. Jetzt suchte der Prinz, der immer mehr herunterkam und sich auch schon einmal wegen versuchten Betruges vor Gericht zu verantworten hatte, eine dritte Frau, aber die Heiratsvermittler konnten ihm die reiche Partie nicht verschaffen. Seine zweite Gattin lebt in Hiebing bei Wien, sein Sohn, der Freiherr Kraft von Gabelstein, in Deutschland; beide wollen nichts von ihm wissen.

Bunte Tageschronik.

Halle. Nachdem die Untersuchung über den Zwischenfall im Volkspark endgültig abgeschlossen ist, hat die kommunistische Parteileitung den Wunsch geäußert, daß am Donnerstag die Beerdigung der Opfer stattfinden soll. Die kommunistische Partei, die Aufrufe zu einer Massen demonstration erlassen hat, reiste dem Polizeipräsidenten das Programm der Beerdigungen mit. Dieses Programm ist auch vom Polizeipräsidenten gebilligt worden.

Leipzig. Auf dem Flugplatz Modau ist der Flugzeugführer Peterfen bei einem Übungsflug mit seinem Apparat abgestürzt. Er war sofort tot.